

Bundesweiter Kongress
Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt
vom 13. Juni 2016 in Berlin

Veranstaltungsdokumentation



Bundesweiter Kongress
Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt
vom 13. Juni 2016 in Berlin

Veranstaltungsdokumentation

Auftraggeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
(BMUB)

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Auftragnehmer

Planergemeinschaft Kohlbrenner eG
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
Telefon (030) 885 914 -0
Fax (030) 885 914-99
www.planergemeinschaft.de

Bearbeitung

Cherin Aref Omar
Hedwig Dylong
Kerstin Jahnke
Kerstin Stelmacher
Kim von Appen

Fotos

Wenn nicht anders angegeben: Ole Bader/sandwichpicker.com

Stand

August 2016

Die Planergemeinschaft ist zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008.

Einleitung

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) haben 2015 die Studie "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt" aufgelegt. Höhepunkt dieses Forschungsvorhabens war der bundesweite Kongress "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt – an der Schnittstelle von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage" am 13. Juni 2016 im Radialsystem V in Berlin. Knapp 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Kommunen, Quartiersmanagements, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft waren der Einladung gefolgt und diskutierten fachübergreifend zu Strategien, Herausforderungen und Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt. Moderiert wurde der Kongress von Frauke Burgdorff.

In der vorliegenden Dokumentation sind die Beiträge und Diskussionen zusammenfassend dargestellt. Außerdem können alle auf dem Kongress vorgeführten Präsentationen auf der Webseite der Planergemeinschaft heruntergeladen werden.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen und Inspiration für mehr Umweltgerechtigkeit in unseren Städten!

Kongressprogramm

- 11.00 Uhr Begrüßung
Dr. Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin
- 11.30 Uhr Umweltgerechtigkeit: Neue Sicht auf alte Probleme
Prof. Dr. Heike Köckler Hochschule für Gesundheit, Bochum
Kooperationen in der Praxis: Wasser in der Stadt
Sebastian Ortmann, Emschergenossenschaft, Essen
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 13.30 Uhr Fachforen - Inputs und Diskussion
Fachforum A: Strategie und Steuerung
Masterplan Umwelt und Gesundheit: Dr. Claudia Fiebig, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Forschungsvorhaben Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum: Christiane Bunge, Umweltbundesamt, Christa Böhme, Deutsches Institut für Urbanistik

Klimaschutzquartier - Gaarden: Christoph Adloff, Landeshauptstadt Kiel

Moderation: Kerstin Jahnke, Planergemeinschaft Kohlbrenner eG

Fachforum B: Monitoring und Indikatoren

Gesundheitsatlas: Karin Juhász und Sarah Blaut, Stadt Potsdam

Die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption: Dr. Heinz-Josef Klimeczek, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin

Moderation: Stephan Westermann, Büro Stephan Westermann

Fachforum C: Umsetzung vor Ort

Travertinpark, Stuttgart: Antje Fritz, Weeber+Partner GmbH, Stadtteilmanagement Hallschlag

Mombacher Abenteuerwald, Mainz: Dagmar Hefner, Stadt Mainz, Quartiermanagement Mombach, Almuth Degener, KIBS e.V.

Gesundheitsnetzwerk, Nürnberg: Eva Göttlein, Projektagentur Göttlein, Projektträgerin

Moderation: Yolanda Arias Jiménez, SWUP GmbH

15.00 Uhr Kaffeepause

15.15 Uhr Podiumsdiskussion Perspektiven für mehr Umweltgerechtigkeit mit

Michael Groß, Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD

Anne Katrin Bohle, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Walter Buser, Landeshauptstadt München

Robert Spreter, Deutsche Umwelthilfe

16.30 Uhr Schlussworte

Anke Brummer-Kohler, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Gesamtmoderation: Frauke Burgdorff



Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Sie in einer Brockhaus-Ausgabe aus dem Jahr 2001 – und die Älteren unter uns wissen noch, was ein Brockhaus ist – das Schlagwort "Umweltgerechtigkeit" suchen, dann werden Sie vergeblich blättern. Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts werden Sie aber vielleicht eher bei Wikipedia suchen – und dort fündig werden. "Umweltgerechtigkeit" wird dort als "ein Problem im Schnittpunkt von Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik" bezeichnet. Und als Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, werden genannt: "Haben Arme und sozial Benachteiligte mehr Umweltbelastungen? Warum? Mit welchen ökonomischen, politischen, sozialen, psychischen und gesundheitlichen Folgen? Was lässt sich dagegen unternehmen?"

Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen sich in unseren Städten und Gemeinden immer häufiger. Bio-klimatische Belastungen bei Hitzeperioden und hohe Ozonkonzentrationen, verbunden mit den entsprechenden Gesundheitsrisiken sind vor Ort spürbar. Auch Lärm und schlechte Luft sind, vor allem verkehrsbedingt, für viele Menschen im urbanen Raum ein alltägliches Problem. Gleichzeitig belegen Studien, dass diese Umweltbelastungen – und damit ihre gesundheitlichen Folgen – in der Gesellschaft und im Raum nicht gleich verteilt sind. Schon an diesen wenigen Feststellungen können Sie erkennen, dass die Themen Umwelt, Gesundheit, Soziales und Stadt eng zusammenhängen. Daher ist das Thema dieses Kongresses so wichtig. Und umso mehr verwundert es, dass die Umweltgerechtigkeit in der Stadtentwicklung ein noch so junges Thema ist. Das zeigt aber auch, dass es sinnvoll war, die Themen Umwelt und Stadtentwicklung unter dem Dach eines Ministeriums zusammenzubringen.

Gesundheitliche Belastungen als Folge von Umweltproblemen sind in den Städten in Deutschland ungleich verteilt. Der soziale Status entscheidet mit darüber, ob und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch Umweltschadstoffe belastet sind. Sozioökonomische Faktoren wie Bildung und Einkommen und das soziale Umfeld beeinflussen die Wohnbedingungen, und die Lebensstile. In sozial und wirtschaftlich benachteiligten Quartieren sind die Bewohnerinnen und Bewohner oft stärker negativen Umwelteinflüssen ausgesetzt. Und es gibt sie in fast jeder Stadt: Die Wohngegenden, die durch ihre Lage im Stadtgebiet Nachteile haben. Sie liegen an großen Hauptverkehrsstraßen, mit zu wenigen Grünbereichen oder Spielmöglichkeiten. Stattdessen findet sich dort eine dichte Bebauung mit vielen Gebäuden, die oft schon länger nicht mehr saniert wurden. Die Mieten in solchen Wohngebieten sind dann oft vergleichsweise günstig, weshalb dort vor allem Menschen leben, die sich eine Wohnung in anderen Teilen der Stadt nicht leisten können. Für diese Menschen sind die Beeinträchtigungen vor der Haustür alltäglich.

Die Tageszeitung "Die Welt" hat Ende Mai in dem Artikel "Lärmschutz kann so ungerecht sein" darauf hingewiesen, dass es auch vom Sozialstatus und Bildungsgrad abhängen kann, ob Menschen vor der Gesundheitsgefährdung durch Lärm geschützt werden oder nicht. Beim Vergleich der Potsdamer Straße hier in Berlin, eine Straße mit starkem Straßenverkehrslärm, und den Landkreisen am Bodensee, wo man die Zürich anfliegenden Flugzeuge hören kann, stellt der Autor fest, dass Menschen aus unteren Schichten weniger gegen Lärm unternehmen als andere. Das gehe oft nach dem Motto: "Wer viel reden kann, kriegt viel Schutz, wer wenig reden kann, kriegt wenig Schutz." Dieses Beispiel unterstreicht, wie wichtig mehr Umweltgerechtigkeit ist, denn es darf eben nicht vom Sozialstatus und Bildungsgrad abhängen, ob Menschen vor Gesundheitsgefahren geschützt werden oder nicht.

Es ist mir ein Anliegen, mich als Umwelt- und Bauministerin diesem Thema zu widmen. Wie schon gesagt, ist Umweltgerechtigkeit in der Stadtentwicklung in Deutschland noch ein recht junges Thema. Oft wird damit vor allem der Umweltschutz in Verbindung gebracht. Es geht aber nicht nur um den Umweltschutz. Es geht um weit mehr: Es geht um den Zusammenhang von Umweltqualitäten, der sozialen Lage und der Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner in einem Quartier. Umweltgerechtigkeit meint, dass gesundheitsrelevante Umweltbelastungen vor Ort vermieden werden müssen. Zugleich geht es darum, allen Menschen einen gerechten Zugang zu den Umweltressourcen zu ermöglichen. Die drei Einflussfaktoren Umweltqualität, soziale Lage und Gesundheit dürfen nicht getrennt voneinander angegangen werden. Wichtig ist vielmehr eine integrierte Herangehensweise.

Viele benachteiligte Quartiere werden durch unser Städtebauförderprogramm Soziale Stadt unterstützt. Mit dem Programm wollen wir vor allem die Wohn- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung verbessern. Dazu gehören zum Beispiel gut gestaltete Grün- und Freiflächen, Gesundheitsprävention, Möglichkeiten für Sport und Bewegung oder auch Verkehrsberuhigung – alles Bereiche, die für die Umweltgerechtigkeit relevant sind. Daher ist die Soziale Stadt im Umgang mit sozialräumlichen Mehrfachbelastungen ein Erfolgsmodell.

Noch werden viele "umweltgerechte" Maßnahmen in der Sozialen Stadt eher nur implizit umgesetzt. Das hat die Studie "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" gezeigt, die das Deutsche Institut für Urbanistik für das Umweltbundesamt durchgeführt hat. Das Ziel ist in der kommunalen Praxis bisher leider zu wenig im Fokus. Deshalb möchte ich diesen Ansatz ausdrücklich stärken. Das Ziel Umweltgerechtigkeit haben wir daher in die diesjährige Verwaltungsvereinbarung explizit aufgenommen. Das ist neu. Wir wollen so die Kommunen unterstützen, maßgeschneiderte Lösungen für den Zusammenhang von Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage zu entwickeln.

Mehr "Grün in der Stadt" ist zum Beispiel ein wichtiges Element. Grünflächen sind ja Multitalente: Sie sind Orte für Begegnung, Bewegung, Sport und Erholung. Sie sind wichtig als Frischluftschneisen, sie halten die Luft rein und sie regulieren die Temperatur. Grünflächen sind somit auch wichtig für Klimaschutz, die Gesundheit und die biologische Vielfalt. Wir wollen die Städte beim Erhalt grüner Flächen besser unterstützen. Zum Thema "Grün in der Stadt" haben wir im letzten Jahr ein Grünbuch vorgelegt. Das war der Auftakt zu einem langfristigen Prozess und zum Dialog über den Stellenwert von urbanen Grün- und Freiflächen. Und auf der Basis erarbeiten wir aktuell ein Weißbuch mit konkreten Handlungsempfehlungen. Es soll im nächsten Frühjahr vorgelegt werden. Sie sind herzlich eingeladen, sich an diesem Prozess aktiv zu beteiligen.

Wie kann die Bundesregierung die Kommunen noch besser unterstützen? Neben Stadtentwicklung und -erneuerung braucht es auch andere Fachpolitiken – Umwelt- und Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und Bildung, um nur einige Beispiele zu nennen. Daher arbeiten wir auf Bundesebene aktuell an einer ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt. Wir möchten damit die Zusammenarbeit mit weiteren Ressorts und Partnern verbessern. Vielversprechend ist beispielsweise das neue Präventionsgesetz des Bundesgesundheitsministeriums, wonach Mittel der Krankenkassen für die Gesundheitsförderung und Prävention auch für Bewohnerinnen und Bewohner in benachteiligten Quartieren eingesetzt werden können. Es freut mich außerdem, dass einige Länder bereits mit gutem Beispiel vorangehen.

Damit das Thema Umweltgerechtigkeit in der Stadtentwicklung bekannter wird, nutzen wir die heutige Gelegenheit, um auf gute Erfahrungen hinzuweisen. Es gibt gute Beispiele aus der Sozialen Stadt, zum Beispiel in Quartieren, in denen sich Menschen für mehr Klimaschutz vor der eigenen Haustür einsetzen. An anderer Stelle wird das Ziel "Gesund leben im Stadtteil" gemeinsam vereinbart und mit verschiedenen kleinen Projekten vor Ort umgesetzt. Oft spielen Verkehrsberuhigung und Lärmschutz eine zentrale Rolle, auch mit mehr Sicherheit im Verkehr einhergehend. Wir haben in unserer Broschüre gelungene Maßnahmen bundesweit zusammengetragen. Dabei finden Sie auch zahlreiche Maßnahmen, die aus anderen Quellen finanziert werden – also beste Beispiele, wie Mittel im Sinne des integrierten Ansatzes gebündelt werden. Wir möchten Ihnen, den Verantwortlichen in Ländern und Kommunen, damit Anregungen für die Arbeit vor Ort geben.

Wie umweltbezogene Gerechtigkeit vor Ort gesteuert werden kann, zeigt vor allem das Land Berlin. Deshalb freue ich mich, dass Senator Geisel anschließend zu uns spricht. Ich wünsche Ihnen und uns allen spannende Vorträge und Diskussionen und einen guten Austausch.

Vielen Dank.

Begrüßung

Der Themenkomplex Umweltgerechtigkeit gewinnt zunehmend an Bedeutung – eine Feststellung und ein klares Bekenntnis, das Senator Andreas Geisel zu Beginn seiner Rede herausstellt. Mit Bezug auf das Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE) verweist der Senator auf eine Vielzahl von Instrumenten, die in Berlin bereits eingesetzt werden, um umweltgerechtigkeitsbezogene Maßnahmen zu unterstützen. Doch ebenso, wie es klare Erkenntnisse und den Willen für mehr Umweltgerechtigkeit gibt, müssten auch Punkte angesprochen und diskutiert werden, die oftmals Zielkonflikte beinhalten und bisher noch ohne Lösung sind.

Eines der schwerwiegendsten Themen ist dabei sicherlich, so der Senator, der Bedarf einer wachsenden Stadt nach Wohnraum, insbesondere nach sozial verträglichem, bezahlbarem Wohnraum. Dieser Anspruch bringt eine Auseinandersetzung um die Frage des Flächenbedarfs und des Flächenverbrauchs, vor allem der grünen Areale, mit sich. Es ist eine Notwendigkeit dichter und höher zu bauen. Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik und Metropole von internationalem Ruf steht dabei im Fokus.

Die eigentliche Herausforderung einer integrativen Stadtentwicklung, wozu die Umweltgerechtigkeit als Thema gehört, ist die Suche nach Lösungsansätzen, bei gleichzeitiger Wahrung von Lebens- und Wohnqualität. Die für 2018 geplante Schließung des Flughafens Tegel hebt der Senator als Maßnahme im Sinne der Umweltgerechtigkeit hervor, weil dringend benötigter Zugang zu erweiterten Grünflächen geschaffen sowie die Lärmbelastung für Anwohnerinnen und Anwohner reduziert werden.

Neben einer solchen Erweiterung und Schaffung öffentlich zugänglicher Grünflächen ist es im Sinne der Umweltgerechtigkeit in einer wachsenden Stadt ebenso notwendig, die bestehenden Grünflächen in der Stadt deutlich zu qualifizieren. Dies ermöglicht eine intensivere und vielfältigere Nutzung für unterschiedliche Gruppen. Der Senator spricht sich dafür aus, das Thema Umweltgerechtigkeit in der Stadtentwicklung möglichst lautstark und durch verschiedene Akteure getragen zu diskutieren, damit es zunehmend auch öffentlich an Bedeutung gewinnt.

Der Kongress kann dazu beitragen, Umweltgerechtigkeit in der Stadtentwicklung voran zu bringen und neue gute Ideen zur Herstellung von Umweltgerechtigkeit zu entwickeln, so der Senator. Es wird dann darauf ankommen, diese Ideen und Ansätze in Entscheidungen zur Stadtentwicklung einfließen zu lassen und in den verschiedenen Verwaltungsvorschriften und Gesetzen zu verankern.



Andreas Geisel
Senator für Stadtentwicklung und
Umwelt, Berlin

Umweltgerechtigkeit: Neue Sicht auf alte Probleme



Prof. Dr. Heike Köckler
Hochschule für Gesundheit,
Bochum

Prof. Dr. Heike Köckler, die in ihrer Forschung den Begriff "umweltbezogene Gerechtigkeit" dem der "Umweltgerechtigkeit" vorzieht, leitet in ihrem Keynote-Beitrag den Ansatz der Umweltgerechtigkeit zunächst theoretisch her. Verstanden als Leitbild sei Umweltgerechtigkeit ein Gegenentwurf zu umweltbezogener Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft. Ob hier ungleich auch gleichbedeutend mit ungerecht ist, sei zu diskutieren. Zentraler Aspekt in dieser Diskussion ist die normative Frage, "wie die Dinge denn sein sollten". Wie also sieht eine umweltgerechte Gesellschaft aus?

Zusammenhänge zwischen sozialer Lage, Umweltqualität und Gesundheit sind vielfach wissenschaftlich in Studien nachgewiesen worden. Für eine Vergleichbarkeit einzelner Studien spielt die Verfügbarkeit von Daten und deren Kompatibilität eine wichtige Rolle. In mehrfach belasteten Quartieren überlagern sich verschiedene Umweltfaktoren. Die Erhebung von entsprechenden Daten, zum Beispiel zur sozialen Lage und zur Umweltsituation, ist oftmals nicht aufeinander abgestimmt (unterschiedlicher Raumbezug).

Ein weiterer Aspekt von großer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Vulnerabilität, also die personenbezogene Verwundbarkeit und Anfälligkeit. Wie Umweltbelastungen auf Personen wirken, welche eindeutigen gesundheitsrelevanten Auswirkungen sie haben können und auch, wie Personen diese Belastungen umgehen oder sie kompensieren können, ist unterschiedlich und individuell. Ein Faktor ist dabei die Verfügbarkeit über finanzielle Ressourcen und der Zugang zu Bildung. "Wer mehr Geld hat, kann sich leichter vor Umweltbelastungen schützen, zum Beispiel in Schallschutzfenster investieren oder aufgrund höherer und finanzabhängiger Mobilität diesen Belastungen leichter entfliehen, etwa durch Urlaube oder Ausflüge in erholsame Umgebungen."

Den derzeitigen Stand der Forschung erläutert Heike Köckler kurz anhand ausgewählter Studien. Eine Untersuchung zur räumlichen Verteilung industrieller Anlagen innerhalb Hamburgs stellt zwar eine Verteilungsungerechtigkeit fest, nimmt dabei jedoch keine gerechtigkeitsbezogene Bewertung der Belastungen vor. In einer Dortmunder Studie zur Lärmbelastung wurde die Beteiligung von Betroffenen innerhalb der Lärmaktionsplanung betrachtet. In stark belasteten Gebieten mit dem höchsten Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte war die Beteiligung am geringsten. Heike Köckler stellt an diesem Beispiel heraus, dass es für eine gleiche beziehungsweise gerechte Verteilung von Umweltbelastungen auch relevant ist, "wer sich Verhör zu verschaffen vermag und die nötigen Mittel und Möglichkeiten besitzt und nutzt, um für sein Recht zu kämpfen." Es geht demnach auch um umweltbezogene Verfahrensgerechtigkeit.

Ihre Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen zur Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt bringt Heike Köckler anhand folgender Forderungen des Arbeitskreises "Planung für Gesundheitsfördernde Stadtregionen" der Akademie für Raumforschung und Landesplanung auf den Punkt:

- Schnittstellen zwischen dem Programm Soziale Stadt und dem Leitbild Umweltgerechtigkeit identifizieren und nutzen
- Das Programm Soziale Stadt mit dem Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung verschränken
- Ressortübergreifende Kooperation weiter ausbauen
- Gesundheit und Umwelt in den Programmgrundlagen der Sozialen Stadt verankern
- Gesundheits- und umweltbezogene Partnerprogramme auflegen
- Eine Plattform für (inter-)kommunalen Erfahrungsaustausch zur Integration von Umwelt- und Gesundheitsaspekten in die Programmumsetzung seitens der Länder einrichten
- Gesundheits- und Umweltämter stärker bei der Abgrenzung der Fördergebiete und bei der Programmumsetzung einbinden
- Für die sind umwelt- und gesundheitsbezogenen Indikatoren und ein entsprechendes Monitoring bei der Abgrenzung von Fördergebieten einbeziehen
- Sozialraumorientierung in Umwelt- und Gesundheitsämtern einführen beziehungsweise stärken
- Kommunale Aktionsbündnisse mit Gesundheits- und Umweltakteuren schließen



Veröffentlichungen, auf die Heike Köckler in ihrer Präsentation hinweist (© Köckler)

Die verbreitete Haltung "das machen wir doch alles schon" ist ein Problem für das Thema Umweltgerechtigkeit, denn es wird dadurch verharmlost." Und es reicht auch nicht, Ungleichheit zu beschreiben und Ursachenforschung zu betreiben. Es geht darum, die Situation zu bewerten und eine klare Vorstellung zu entwickeln, wie mehr umweltbezogene Gerechtigkeit in einer Gesellschaft aussehen soll. Schließlich gelte es, daran zu arbeiten, diese Vorstellungen umzusetzen. Mit diesen Worten mahnt Heike Köckler und motiviert gleichermaßen für ein Engagement für mehr Umweltgerechtigkeit.

Kooperationen in der Praxis: Wasser in der Stadt



Sebastian Ortmann
Emschergenossenschaft,
Essen

"Unser Hahnenbach" und "Zauberwelt Wasser" sind zwei der 13 guten Praxisbeispiele für Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt, die auch in der gleichnamigen Broschüre präsentiert werden. Sebastian Ortmann von der Emschergenossenschaft und zweiter Keynotespeaker des Kongresses ist eine Schlüsselperson für beide Projekte. In seiner Präsentation erläutert er, wie im Rahmen des Umbaus des Emschersystems, eines über 4,5 Milliarden Euro schweren Generationenprojektes in der Emscherregion, begonnen wurde, Stadtentwicklung und Wasserwirtschaft auf Landes- und kommunaler Ebene zusammen zu denken und in konkreten Kooperationsprojekten umzusetzen.

Sebastian Ortmann gibt zunächst einen Einblick in die Entwicklung der Emscherregion mit einem Fokus auf die sich wandelnde Bedeutung der Emschergewässer für die angrenzenden Stadtteile. Über Jahrzehnte waren die bergbaubedingt als offene Abwasserkanäle angelegten Gewässer Räume, die von der Bewohnerschaft gemieden wurden. In ihrem Umfeld wohnte, wer über keine Alternative verfügte. 1992 wurde der Beschluss für den wasserwirtschaftlichen und ökologischen Umbau gefasst. Die seit über 100 Jahren als Flussmanager tätige Emschergenossenschaft führt die Maßnahmen seither durch. Neue Großkläranlagen wurden geschaffen, viele hundert Kilometer unterirdische Abwasserkanäle gebaut und über 100 Kilometer Gewässer bereits ökologisch verbessert.

Sich im Rahmen dieses Großprojektes mit den angrenzenden Stadtteilen auch aus einem sozialen Blickwinkel zu beschäftigen und für mehr Lebensqualität einzutreten, war für die Emschergenossenschaft als wasserwirtschaftliche Organisation nicht selbstverständlich. Doch heute lassen sich an vielen Stellen die Erfolge erleben. Der Hahnenbach mit seinem begleitenden Wassererlebnispfad in Gladbeck-Brauck ist ein solcher Ort, der den Wandel zum Positiven nachvollziehbar macht.

Die Emschergenossenschaft, die Stadt Gladbeck und das Quartiersmanagement des Stadtteils Brauck entwickelten gemeinsam eine Vorgehensweise zur umfassenden Einbindung der Bewohnerschaft, vor allem der Schulen und Kitas, in die ökologische Verbesserung des Hahnenbachs, ehemals einer sogenannten "Köttelbecke". Entstanden ist ein naturnaher Bach, der nun durch einen attraktiven Grünraum mit hoher Erholungs- und Aufenthaltsqualität fließt. Am Bach wurde darüber hinaus ein "Blaues Klassenzimmer" eingerichtet, das es ermöglicht, Kinder gezielt in direkten Kontakt mit dem Gewässer zu bringen und die "Zauberwelt Wasser" zu erkunden. "Zauberwelt Wasser" – so heißt auch das ebenfalls durch die Soziale Stadt geförderte Projekt, in dem eine umfassende Lehrmittelsammlung zum Thema Wasser für Kinder im Alter von 5 bis 10 Jahren erarbeitet wurde.



Titel der Lehrmittelsammlung Zauberwelt Wasser (© capito, Emschergenossenschaft)

Besonders betonte Sebastian Ortmann das Engagement und die Kooperation aller Beteiligten für den Erfolg der Projekte. Dieser Erfolg sei Auslöser für weitere Vorhaben und Projekte der Emschergenossenschaft gewesen und habe zu einer Sensibilisierung und weiteren Öffnung im Unternehmen geführt. Der Umbau des Emschersystems werde nun zunehmend auch mit Aufgaben der Stadtteilentwicklung verknüpft. Entsprechend engagiere sich die Genossenschaft verstärkt für partizipative soziale Projekte mit Quartiersbezug.

Ein Durchbruch für die Zusammenarbeit zwischen Städtebauförderung und Wasserwirtschaft in der ganzen Emscherregion war, so Sebastian Ortmann, die Gründung der Kooperation "Gemeinsam für das neue Emschertal", maßgeblich unterstützt durch das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Diese Kooperation ermögliche und vereinfache die Vernetzung von Maßnahmen in Handlungsfeldern wie zum Beispiel: Freiflächenentwicklung und Wohnumfeldverbesserung, Beteiligung, Umweltbildung, Kunst und Kultur.

Am Schluss seines Vortrages lud Sebastian Ortmann das Publikum ein, den Kindern aus Gladbeck-Brauck, die stolz auf ihren neu gewonnenen Bach sind, einen Gruß per Smartphone-Tonaufnahme zu senden. Mit einem fast 300-stimmigen "Hahnenbach olé!" endete der erste Konferenzteil.

Fachforum A: Strategie und Steuerung

Kerstin Jahnke von der Planergemeinschaft Kohlbrenner eG, moderiert das Fachforum A: Strategie und Steuerung. Als zentrale Themen für das Fachforum hebt sie heraus: Wie kommt das Thema Umweltgerechtigkeit auf die Agenda? Welche Strukturen braucht es dafür und wie bekommt man zentrale Akteure ins Boot? Den drei fachlichen Inputs folgt die Diskussion mit dem Publikum.

Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW



Dr. Claudia Fiebig

Referatsleiterin Umwelt und Gesundheit im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

"Umweltgerechte und gesundheitsverträgliche Lebensbedingungen bilden die Basis für Wohlbefinden und Lebensqualität der Bevölkerung und sind zugleich wichtige Standort- und Wirtschaftsfaktoren." Diese Erkenntnis sowie das Gesundheitsverständnis der Weltgesundheitsorganisation liegen dem Masterplan Umwelt und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen zugrunde. Der Masterplan ist ein integriertes Handlungskonzept für die Aspekte Umwelt, Gesundheit und soziale Lage und vorrangig als Leitfaden mit Empfehlungen für die kommunale Verwaltung gedacht. Dass Umweltschutz gleich Gesundheitsschutz ist, scheint selbstverständlich, so Dr. Claudia Fiebig, es ist aber längst nicht überall angekommen. Anhand der Beispiele "Fachportal Innenraumluft" und "Human-Biomonitoring (HBM)" führt Claudia Fiebig zwei Bestandteile des Masterplans aus.

Als Erfolgsfaktoren für den Masterplan, die auch auf andere Strategien für Umweltgerechtigkeit übertragbar sind, nennt Claudia Fiebig: Gemeinsames Denken und Handeln zur Umweltgerechtigkeit in Politik und Verwaltung zur Chef-Sache machen, Orientierung an Pilotprojekten und Vorreiterkommunen, Thema in kommunalen Prozessen platzieren (zum Beispiel über kommunale Gesundheitskonferenzen). Abschließend gibt Claudia Fiebig einen kurzen Eindruck zur aktuell geschalteten Website "Umwelt und Gesundheit in Nordrhein-Westfalen".

Forschungsvorhaben Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum

Christa Böhme und Christiane Bunge stellen gemeinsam das Forschungsvorhaben Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum vor. Das Umweltbundesamt (UBA) hatte 2012 das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit der Erarbeitung der Studie beauftragt. Ausgangspunkt waren vorangegangene Untersuchungen des UBA, die zum Beispiel Wohnlagen an stark befahrenen Straßen, an Tankstellen und emissionsstarken Betrieben hinsichtlich des Sozialstatus miteinander verglichen. Das Forschungsvorhaben "Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum" hatte das vorrangige Ziel, praxistaugliche Strategien und Maßnahmen zur Minderung sozial ungleich verteilter Umweltbelastungen für die kommunale Praxis zu entwickeln. Christa Böhme führte einige der zentralen Handlungsempfehlungen aus.

Als wichtige Faktoren wurden ein integriertes Verwaltungshandeln, politische Verankerung und quantitatives sowie qualitatives Monitoring genannt. Zu Letzterem wurde auf die Integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption (IBUK) verwiesen. Außerdem sei es sinnvoll, Umweltgerechtigkeit an bestehende Leitbild- und Stadtentwicklungsprozesse anzudocken. Wesentlich für den Erfolg, so die Referentinnen, sind der Einsatz finanzieller Ressourcen für das Themenfeld Umweltgerechtigkeit und die Beteiligung der Betroffenen. In einem aktuell vom Difu durchgeführten Projekt werden die in der vorgestellten Untersuchung abgeleiteten Handlungsempfehlungen in den Pilotkommunen Kassel, München und Marburg erprobt.

Klimaschutzquartier Gaarden

Christoph Adloff beschreibt die erfolgreiche Entwicklung des benachteiligten Kieler Stadtteils Gaarden durch den Aufbau von gezielten Steuerungsstrukturen und die Bündelung verschiedener Förderungen. Die bedenkliche Ausgangslage Gaardens, vor allem hinsichtlich sozioökonomischer Daten, hatte im Zuge des Quartiersverfahrens der Sozialen Stadt dazu geführt, "alles aufzurollen und anzufassen", wie Christoph Adloff erklärt. Mit einem integrierten Ansatz wurde das neue Referat für Lokale Ökonomie und Quartiersentwicklung geschaffen, das dezernatsübergreifend nur für die Entwicklung Gaardens arbeitet. In der Kieler Entwicklungsstrategie für Gaarden wurde ein Dreieck aus den Bausteinen Soziale Stadt, Ökonomie und Umwelt gebildet. Pro Baustein wurde eine Vertretung im Quartier verortet: das Stadtteilmanagement, das Wirtschaftsbüro und ein Energietreff mit Beratern im Quartier, die das Leitziel Klimaschutz verfolgen. Diese Vor-Ort-Präsenz und eine Vielzahl von Partnern sind Schlüsselfaktoren für den Erfolg. Mit dem Leuchtturmprojekt Sport- und Begegnungspark wurden neue Grünräume für die Bevölkerung erschlossen und mit Bewegungsangeboten ausgestattet.



Christa Böhme

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik, Bereich "Stadtentwicklung, Recht und Soziales"



Christiane Bunge

Projektleiterin im Umweltbundesamt, Fachgebiet "Übergreifende Angelegenheiten Umwelt und Gesundheit"



Christoph Adloff

Referent für lokale Ökonomie und Quartiersentwicklung im Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Kiel

Diskussion

In der Diskussion werden die in den Beiträgen genannten Erfolgsfaktoren und Herausforderungen nochmals aufgegriffen. Der politische Wille und eine entsprechende hochrangige Anbindung des Themas werden als Grundvoraussetzungen für mehr Umweltgerechtigkeit gesehen, denn mit dem politischen Willen fließen auch Ressourcen: Geld und Personal. Dass diese oft unzureichend vorhanden sind, gilt nach wie vor als vorrangiges Argument gegen das Thema Umweltgerechtigkeit. Als zentral wird erachtet, das Thema Umweltgerechtigkeit als übergreifendes Thema zu verstehen und zu behandeln. In diesem Sinne sollten keine separaten Ressorts dafür eingerichtet oder neue Strukturen aufgebaut werden. Es gilt vielmehr, an Bestehendem anzudocken und an der Vernetzung dieser Strukturen zu arbeiten. Ressortübergreifende Zusammenarbeit ist hier das vielbeschworene Zauberwort. Dies ist ein Prozess, der viel Zeit braucht, aber die Mühe lohnt, meint Claudia Fiebig mit Verweis auf den Masterplan.

Strategisch sei der Begriff Umweltgerechtigkeit schwierig. Das Thema muss gelebt werden und über Umsetzungserfolge lassen sich Verwaltung und Bevölkerung gewinnen. Klimaschutz war als Leitbild greifbarer, so Christoph Adloff, und damit konnten auch die Menschen vor Ort etwas anfangen. Aus dem Publikum wird nachgefragt, wie das Thema Umweltgerechtigkeit auf Quartiersebene an die Leute gebracht werden kann. Wie realistisch sind Visionen wie Verkehrsberuhigung oder sogar autofreie Straßen? Laut Christa Böhme spielen für Visionen Bottom-up-Ansätze und deren Unterstützung eine große Rolle. Visionen dürfen nicht nur von oben kommen. Sie sollten mit entsprechenden Forderungen von unten an die Politik gehen. Bottom up und top down müssen zusammengehen.

Christiane Bunge nennt den Nauener Platz in Berlin als gutes Beispiel für das Thema Beteiligung und für realistische Verbesserungsmaßnahmen. Bei diesem Projekt sei allen Beteiligten klar gewesen, dass man den Verkehr dort nicht wirklich beruhigen kann und entsprechend auch den Lärm nicht reduzieren, aber gemeinsam mit der Bevölkerung wurden Kompensationsmaßnahmen entwickelt, wie der Lärm besser auszuhalten ist, etwa durch besondere Stadtmöbel, die angenehme "Gegengeräusche" erzeugen.

Das Publikum regt den Austausch mit Fachleuten der Umweltmedizin an, um die Zusammenhänge zwischen Umweltbelastung und Gesundheitszustand noch stärker zu analysieren.

Schließlich wird die Frage der Finanzierung von nicht-investiven Maßnahmen diskutiert. Partnerprogramme, vor allem aus dem Umwelt- und Gesundheitsressorts sollten Maßnahmen der Sozialen Stadt im Bereich Umweltgerechtigkeit sinnvoll flankieren, so eine Forderung. Christiane Bunge verweist hier auf die aktuelle Studie zur Ressortübergreifenden Zusammenarbeit in der Sozialen Stadt, von der sie Beiträge zum Thema erwartet, etwa zu der Frage, wie

Klimaschutzprogramme in Soziale-Stadt-Gebieten zum Einsatz kommen können. Aus dem Publikum wird angemerkt, dass die Fördermittel der Sozialen Stadt nur einen Aspekt darstellen, wie das Programm Soziale Stadt Umweltgerechtigkeit unterstützen kann. Von Vorteil seien auch die langjährig erprobten Beteiligungsstrukturen, die verlässlich und gut auf andere Themen übertragbar sind. Die Soziale Stadt hat neue Arbeitsweisen und -strukturen geschaffen, die vor Ort und oft auch in den Verwaltungen bleiben. Deshalb ist Soziale Stadt so gut geeignet, Umweltgerechtigkeit "huckepack zu nehmen".

Fachforum B: Monitoring und Indikatoren

Die Frage, mit welchen Indikatoren und Monitoringsystemen man sich der Erfassung von Umweltgerechtigkeit am besten nähern kann, steht im Mittelpunkt des Fachforums B, das von Stephan Westermann moderiert wird.

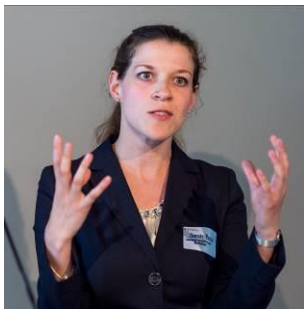
Gesundheitsatlas Potsdam



Karin Juhász

Stadt Potsdam, Bereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Bei der Vorstellung des Potsdamer Gesundheitsatlas stellt Sarah Blaut heraus, dass auf Grundlage der Schuleingangsuntersuchungen gesundheitliche Daten mit sozialen Indikatoren verknüpft und mit stadträumlichen Strukturen Potsdams verschränkt wurden. Stadträumliche Unterschiede machten sich sehr stark in der Erfassung des Sozialstatus bemerkbar. Während 60 Prozent der Kinder in der gesamten Stadt aus Elternhäusern mit einem hohen Sozialstatus kommen, sind es im Stadtteil Drewitz nur 20 Prozent. Es zeigte sich außerdem, dass im Stadtteil Drewitz entgegen dem gesamtstädtischen Trend etwa doppelt bis dreimal so viele Kinder Sprach- und Sprechstörungen beziehungsweise emotionale und soziale Auffälligkeiten zeigten. Von solchen kleinräumigen Analysen können gezielte Förderungen abgeleitet werden, wie es für den Stadtteil Drewitz erfolgte.



Sarah Blaut

Stadt Potsdam, Bereich Soziales und Gesundheit

Der Bereich Stadterneuerung, so Karin Juhász, reagierte mit der Aufnahme von Drewitz in das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt sowie mit einem Werkstattverfahren zur Erstellung des Masterplans "Gartenstadt Drewitz". Sozialen Problemlagen wurde durch die Schaffung einer Stadtteilschule begegnet, in der ein Begegnungszentrum in die Grundschule integriert wurde. Kernstück der Maßnahmen im Stadtteil war der Umbau einer überdimensioniert breiten Durchgangsstraße zum Stadtteilpark, wodurch eine Verminderung der Lärmbelastung und mehr Grün für die Bevölkerung erreicht wurden. Auch im Bereich des Klimaschutzes wird der Weg zu einem grünen und emissionsfreien Stadtteil beschritten. Die Konzepte wurden mit dem deutschen Städtebau- und dem kommunalen Klimaschutzpreis ausgezeichnet.

Die integrierte Berliner Umweltgerechtigkeitskonzeption

Dr. Heinz-Josef Klimeczek stellt zunächst die Zielsetzung des 2009 begonnenen Modellvorhabens zur "Umweltgerechtigkeit im Land Berlin" vor, gemäß dessen die Verknüpfung der Daten aus den Fachressorts Stadtentwicklung, Umwelt, Gesundheit und Soziales kleinräumige Arbeits- und Entscheidungsgrundlagen für die fach- und ressortübergreifende Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung der Stadt liefern sollte. Auf der Ebene der 447 Planungsräume Berlins wurden Daten zu den fünf Kernindikatoren Sozialstruktur, Lärmbelas-

tung, Luftbelastung, Bioklima und Versorgung mit öffentlichem und privatem Grün erhoben, die in ihrer Gesamtheit die Umweltauswirkungen auf die menschliche Gesundheit erfassen und bewerten sollen. Durch Zusammenführung der fünf Kernindikatoren kann eine Umweltbelastungsanalyse schließlich ortsspezifische Auskunft über die Belastungen in den Planungsräumen geben. Ausgehend von diesen Daten können beispielsweise Mehrfachbelastungen von Gebieten oder bestimmte in Bezug auf den Klimawandel als vulnerabel bewerteten Gebiete identifiziert werden. Ergänzende Aussagen werden durch Untersuchungen zu weiteren Parametern in den Planungsräumen wie beispielsweise vorzeitige Sterblichkeit oder thermische Belastungen getroffen. Durch dieses fachämterübergreifende Monitoring können weitere wichtige Aussagen für übergreifende oder fachliche Planungen sowie für die vorbereitende und verbindliche Bauleitplanung getroffen werden.



Dr. Heinz-Josef Klimeczek
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wird in verschiedenen Beiträgen aus dem Publikum die vielerorts unzureichende Zusammenarbeit zwischen der Stadtplanung und anderen Fachämtern bemängelt. So würden die verschiedenen Ämter in den Kommunen zum Teil nicht "miteinander reden". Insbesondere sei es nachteilig, dass das Ressort Gesundheit nicht Teil der planenden Verwaltung sei. Auch an den Hochschulen sei eine verstärkte Verankerung der gesundheitlich relevanten Aspekte in Architektur und Stadtplanung anzustreben.

Von Interesse war der geeignete Turnus der Datenerhebung für ein Gesundheitsmonitoring am Beispiel des Potsdamer Gesundheitsatlas, der vorerst alle drei Jahre aufgelegt wird. Die Einbeziehung von Gesundheitsaspekten von Erwachsenen wird aufgrund der mangelnden Verfügbarkeit von Daten als schwer durchführbar angesehen. Die gezeigten Daten sind aber öffentlich gemacht und bereits im Internet abrufbar.

Problematisierend wurde angemerkt, dass die gezeigten Karten zur Mehrfachbelastung in Berlin die Sichtbarkeit der Erfolge der Sozialen Stadt eventuell schädigen könnten. Berlin könne als Vorreiter in der Anwendung der Umweltbelastungsanalyse auf die Bundesebene Druck ausüben, so ein Teilnehmer, um das modellhafte Monitoring auch bundesweit durchzusetzen. Dazu wurde kritisch angemerkt, dass viele Kommunen sowohl finanziell als auch hinsichtlich der zur Verfügung stehenden personellen Kapazitäten nicht in der Lage seien, eine solch umfassende Datensammlung zu erheben und auszuwerten.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei innerstädtischen Neubauprojekten ohne Bebauungsplanverfahren die Umweltgerechtigkeitsanalyse zu Rate gezogen werden sollte, da die Bauvorhaben starke klimatische Auswirkungen vor Ort zu Folge haben.

Fachforum C: Umsetzung vor Ort

Das Fachforum Umsetzung vor Ort wird moderiert von Yolanda Arias Jiménez, vorgestellt werden drei Projektbeispiele zur Umweltgerechtigkeit in Gebieten der Sozialen Stadt. Diese Beispiele sind in der zum Kongress erschienen Broschüre "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt" als gute Praxis portraitiert. Erfolgsfaktoren und Hürden bei der Umsetzung der Vorhaben stehen im Mittelpunkt der Diskussion.

Travertinpark, Stuttgart



Antje Fritz

Weeber+Partner GmbH, Stadtteilmanagement Hallschlag

Antje Fritz charakterisiert kurz das Soziale-Stadt-Gebiet Stuttgart Hallschlag, das zwar von viel Grün umgeben ist, deren Grünflächen jedoch lange Zeit unattraktiv waren, kaum geeignet zur Naherholung und für die Bewohnerschaft schwer zugänglich. Außerdem stellte das hiesige Gelände des ehemaligen Steinbruchs, in dem bis 2007 der Kalkstein Travertin abgebaut wurde, eine physische Barriere dar, die den Stadtteil von der Gesamtstadt abschnitt. Durch die Umwandlung des Steinbruchs in den Travertinpark wurde für die Menschen im Quartier ein 2,7 Hektar großer Freiraum zugänglich – eine neue und besondere Grünanlage, die Stadtökologie, Umweltbildung und Gesundheit miteinander verknüpft. Integriert in den Park sind zum Beispiel Nachbarschaftsgärten, Radwege, Ernährungs- und Bildungsprojekte, die über die Historie des Parks und die hiesige Stadtnatur informieren. An der Planung und Gestaltung haben die Bewohnerinnen und Bewohner selbst entscheidend mitgewirkt. Beteiligung ist ein Schlüsselfaktor im Freiraumkonzept Hallschlag, dessen Teil der Travertinpark ist.

Mombacher Abenteuerwald, Mainz



Dagmar Hefner (li.)

Stadt Mainz, Quartiermanagement Mombach

Almuth Degener (re.)

Förderverein KIBS e.V.

Der Abenteuerwald stellt den letzten zusammenhängenden Grünbereich im Industrieviertel des Soziale-Stadt-Quartiers Mombach in Mainz dar. Auf der circa 4.000 Quadratmeter überwiegend naturbelassenen Fläche wurde bereits Ende der 1990er Jahre ein Spielplatz errichtet, der auf Grund strengerer EU-Normen geschlossen werden musste. Eine Bewahrung vor einer baulichen Nutzung und der Erhalt der Spielfläche konnten 2007 insbesondere durch ein hohes Maß an Partizipation, Vernetzung und bürgerschaftlichem Engagement bewirkt werden. Ermöglicht wurden ein qualifizierter Ausgleich zu den räumlich konzentrierten Umweltbelastungen im Stadtgebiet und ein sozial gerechter Zugang zu Grünraum. Unter dem Aspekt, dass die umweltbelastenden Faktoren in Mombach künftig durch den geplanten Bau einer Klärschlammverbrennungsanlage und den Ausbau der A 643 noch weiter zunehmen werden, ist dies umso mehr von maßgeblicher Bedeutung.

Gesundheitsnetzwerk, Nürnberg

Der Nürnberger Stadtteil St. Leonhard ist seit 2008 Teil des Programms Soziale Stadt. Das vorherrschende Defizit an Grünflächen, die starke Versiegelung im Gebiet sowie erhebliche Lärm- und Feinstaubemissionen durch eine Ausfallstraße belasten das Quartier mehrfach, so Eva Göttlein. Hinzukommend wiesen die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an lückenhaften Vorsorgeuntersuchungen, Probleme in der Sprachbildung und Mängel der motorischen Fähigkeiten auf.

Das Gesundheitsnetzwerk St. Leonhard/Schweinau ist Teil des im Integrierten Handlungskonzept verankerten Handlungsfeldes Gesundheit. Von 2010 bis 2015 wurde es mit 100.000 Euro aus dem Verfügungsfonds der Techniker Krankenkasse finanziert, unterteilt in 60 Mikroprojekte in Kooperation mit Einrichtungen und Institutionen im Stadtteil. Es richtet sich an Kinder und Jugendliche sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und hat stadtteilbezogene Prävention und Gesundheitsförderung zum Ziel. In gemeinsamen Unternehmungen erkunden Kinder beispielsweise die örtlichen Grünflächen in Bezug auf geeignete Nutzungen. Weiterhin wurden in verschiedenen Einrichtungen Hochbeete errichtet, die in Kooperation mit Kindern und Jugendlichen gepflegt werden und angegliederte Kochprojekte mit Zutaten beliefern. Nach sechs Jahren Förderung läuft das Projekt nun ohne Projektkoordinatorin. Nach Auslaufen der Förderung durch die Krankenkasse, wird das Projekt nun vom Gesundheitsamt finanziert.



Eva Göttlein

Projektagentur Göttlein, Leiterin des Gesundheitsnetzwerkes St. Leonhard/Schweinau

Diskussion

Die Diskussion wird mit der Frage nach spezifischen Erfolgsfaktoren für die Umsetzung der Projekte eingeleitet. Dagmar Hefner beschreibt in dem Zusammenhang die Ausgangssituation in Mainz Mombach, die auch die Integration und Beteiligung der Kinder bei der Suche nach Sponsoren und Unterstützerinnen und Unterstützern beinhaltete. Die Ideen der Kinder an die Akteure heranzutragen, mit ihnen zu reden und somit Begeisterung zu wecken, wurde zu einer Art Markenzeichen für den Stadtteil und das Projekt. Antje Fritz betont, dass das frühzeitige Mitdenken einer Verstetigung sowie die Suche nach Bezügen und Anknüpfungspunkten im Projektumfeld bei der Implementierung des Travertinparks essenziell waren. Netzwerke sind dabei besonders bedeutsam für eine nachhaltige Umsetzung der Projekte. Eva Göttlein erachtet die Präsenz vor Ort als besonders wichtig, die Ansprechbarkeit für die Zielgruppen und den direkten Bezug zum Gebiet. Als Hürde für eine nachhaltige Wirksamkeit der Projekte werden die oft kurzen Projektfinanzierungen auch im Programm Soziale Stadt gesehen. Gerade der Aufbau von Netzwerken und tragfähigen Strukturen bedarf meist mehr Zeit und Begleitung.

Aus dem Publikum gibt es dazu die Empfehlung, finanziell starke Partner bereits im Vorfeld der Projektumsetzung einzubeziehen, zum Beispiel die Wohnungswirtschaft. Solche Partner können dann eine entscheidende Rolle für die Verstetigung spielen, etwa als Sponsoren der Projekte nach deren Förderung durch die Soziale Stadt.



Ein Forumsteilnehmer mahnte an, den Gesundheitsaspekt innerhalb des Programms Soziale Stadt stärker zu verankern. Erfolgreiche Gesundheitsprojekte und ein gezielter Dialog mit den gesetzlichen Krankenkassen können dabei Überzeugungsarbeit leisten. Dem gegenüber stehen einzelne Stimmen, die die Überfrachtung des Programms befürchten. Es gäbe dringlichere Themen in der Sozialen Stadt anzugehen als Umwelt- und Gesundheitsaspekte. Darauf wird erwidert, dass es eben nicht darum ginge, die Themen einzeln zu betrachten und in Konkurrenz zueinander aufzustellen, sondern integriert vorzugehen, wie es Stärke der Sozialen Stadt ist.

Ressortübergreifende Zusammenarbeit sei ein wichtiger Erfolgsfaktor für integrierte Mehrzielprojekte, wie sie für das Thema Umweltgerechtigkeit typisch sind. In der Praxis gibt es dazu bereits viele Erfolgsgeschichten, die für neue Vorhaben auch innerhalb der Verwaltung Türen geöffnet haben. Problematisch auch hier ist die Frage der Nachhaltigkeit: Fallen die Förderprogrammstrukturen weg, gibt es oftmals keine klaren Ansprechbarkeiten mehr in der Verwaltung für die Akteure vor Ort. Das Programm Soziale Stadt könnte hier gerade durch seine Schnittstellenfunktion und Vernetzungsstärke Wege für die Verstetigung solcher Kommunikationsstrukturen ebnen.

Podiumsdiskussion: Perspektiven für mehr Umweltgerechtigkeit

"Mit Blick auf die Kongressbeiträge und die Diskussionen in den Fachforen scheint doch eines deutlich: Wir sind uns einig: Umweltgerechtigkeit ist gewollt." So eröffnet Frauke Burgdorff die Podiumsdiskussion. Im Fokus standen vor allem Erfolgsfaktoren, Hürden und Herausforderungen für mehr Umweltgerechtigkeit in den Städten.



Es diskutierten:

Von links: Frauke Burgdorff (Moderation), Walter Buser (Landeshauptstadt München), Anne Katrin Bohle (Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen), Robert Spreter (Deutsche Umwelthilfe) und Michael Groß (Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD)

Ist die Soziale Stadt ein passender Rahmen für die Anliegen der Umweltgerechtigkeit?

Anne Katrin Bohle sieht das Programm hervorragend geeignet, sich auch des Themas Umweltgerechtigkeit anzunehmen. Das Programm ist bestens geübt in Partizipation und integriert auch Bottom-up-Ansätze. Komplexe Probleme fachübergreifend anzugehen, ist seine Kernkompetenz. Eine Gefahr sei Überfrachtung: "Die Soziale Stadt ist eines meiner Lieblingsprogramme, doch wir müssen es auch davor schützen, dass es nicht zum Sammelbecken für alle Probleme wird." Davon abgesehen dürfe die Soziale Stadt auch nicht der einzige Rahmen in der Städtebauförderung bleiben, in dem all die genannten Anforderungen gut funktionieren. Umweltgerechtigkeit muss überall und partizipativ behandelt werden.

Walter Buser hält das Programm Soziale Stadt für das Thema Umweltgerechtigkeit für sehr geeignet, weil es hier gelingt, divergierende Verwaltungsinteressen zusammenzufassen. Das habe es vorher im Städtebau nicht gegeben. Doch eine weitergehende Behandlung des Themas Umweltgerechtigkeit sei

unbedingt notwendig: "Umweltgerechtigkeit ist zwar richtig bei der Stadtentwicklung angebunden, doch es darf dabei nicht nur auf Quartiersebene gedacht werden. Umweltgerechtigkeit muss gesamtstädtisch verankert werden."

Robert Spreter schließt sich dieser Auffassung an. Vorteil der Sozialen Stadt sei, dass auf Quartiersebene oftmals relativ abstrakte Themen auf die Lebensrealität der Menschen runtergebrochen und Ansätze gut ausprobiert werden können. "In der Sozialen Stadt wird erprobt, wie Stadt funktioniert. Das kann eine gute Grundlage und Inspiration für gesamtstädtische Konzepte sein."

Michael Groß ergänzt: "Umweltgerechtigkeit muss aber auch politisch breiter aufgestellt werden." Es sei zwar gut, wenn es eine hohe Anbindung des Themas, etwa beim Bürgermeister oder der Bürgermeisterin, gibt, dennoch darf es nicht von deren Willen abhängig sein.

Was fehlt, um die Anliegen der Umweltgerechtigkeit weiter voranzubringen?

Walter Buser hält zwar die Anbindung des Themas bei der Stadtentwicklung für richtig, das Thema braucht jedoch weitere Akteure, wie zum Beispiel die Krankenkassen.

Anne Katrin Bohle bringt ins Spiel, dass es zum Beispiel durchaus schon gelungen ist, Gesundheitsaspekte in die Stadtentwicklung einzubeziehen. Wenn es um Geld geht, werde es aber immer sehr schwierig: "Ich sehe kein Erkenntnis- oder Wissensproblem. Es gibt vielmehr ein Umsetzungsproblem und das ist an Geld und Personal geknüpft." Deshalb sei auch entscheidend, dass das Thema politisch hoch angebunden ist, denn dort wird über Ressourcen entschieden.

Michael Groß erhofft sich gerade bezüglich gesundheitsorientierter Maßnahmen einiges vom Präventionsgesetz, das die Entwicklung und Finanzierung gesundheitsrelevanter Maßnahmen in Stadtteilen befördern sollte. Doch darüber hinaus braucht es eine bessere Ausstattung der Städte, auch um sich den Herausforderungen zum Thema Umweltgerechtigkeit stellen zu können. "Da muss der Bund konkret mit Fördermitteln mehr unterstützen."

Robert Spreter weist auf ein altbekanntes Problem in dieser Ressourcendebatte hin: "Natürlich braucht Umweltgerechtigkeit auch Geld. Doch es ist schwer kommunizierbar, dass in ein solches, noch relativ junges Thema mehr investiert wird bei gleichzeitigen Kürzungen zum Beispiel in den Bereichen Jugend und Sport. Das ist auch für die Umweltgerechtigkeit kontraproduktiv."

Steht Umweltgerechtigkeit in Konkurrenz um Ressourcen und um Flächen mit anderen städtischen und gesellschaftlichen Herausforderungen? Eine der größten Herausforderungen ist hier sicherlich der im Kongress mehrfach angesprochene Zielkonflikt Wohnungsbau und Umweltgerechtigkeit in wachsenden Städten. Ein unlösbares Dilemma?

Michael Groß will die aufgeworfenen Zielkonflikte nicht schönreden: "Wenn wir bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt haben wollen, kommen wir natürlich um Verdichtung nicht herum." Für dieses Abwägungsdilemma gäbe es keine flächendeckenden Lösungen, sondern es müsse vor Ort nach individuellen Möglichkeiten gesucht werden. Dabei spiele Beteiligung eine entscheidende Rolle. Mutige und kreative Ansätze unter Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten sind gefragt.

Walter Buser verweist zu diesem Thema auf das Beispiel München Mittlerer Ring. In dem von starkem Verkehrslärm geprägten Stadtgebiet hat die Stadt mit umfassenden Lärmschutzmaßnahmen eine verträgliche Wohnnutzung möglich gemacht und gezielt angesiedelt. "Man kann die Straße nicht einfach zumachen, aber wir schützen die Bürger vor dem Lärm. Ein Tunnelbau war zu teuer, also haben wir uns mit baulichen Lärmschutzmaßnahmen beschäftigt. Unser Plan war: baulicher Lärmschutz vorn, attraktives Grün hinten." Nachverdichtung und Umweltgerechtigkeit dürfen nicht nur konträr betrachtet werden, so Buser. Auch bei Nachverdichtung kann gezielt etwas für Umweltgerechtigkeit getan werden, zum Beispiel durch das Anlegen von Dachgärten im Zuge der Baumaßnahmen oder die Qualifizierung der vorhandenen umgebenden Grünflächen.

Michael Groß betont die Bedeutung von neuen Modellen auch für das Thema Verkehr. Mehr Bewohnerschaft auf gleichem Raum, bringe mehr Verkehr beziehungsweise einen Mehrbedarf an Mobilität. "Wegen diesem unbestreitbaren Zusammenhang brauchen wir auch nachhaltige Mobilitätskonzepte, zum Beispiel Carsharing und Radnetzerweiterungen."

Anne Katrin Bohle stellt diesbezüglich fest, dass der Verkehr noch zu selten mit am Tisch sitzt, wenn es um Umweltgerechtigkeit geht. Das sei zwar schon besser geworden, aber Verkehr ist ein Schlüsselthema im Bereich Umweltgerechtigkeit. Entsprechende Akteure dürfen in der Debatte nicht fehlen.

Gegen Ende der Diskussion wendete sich eine Frage an Podium und Publikum:

Welche Rolle spielt Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern für Umweltgerechtigkeit?

Robert Spreter Worten stimmte das Podium zu: Beteiligung, so Robert Spreter, im Sinne von Beteiligungsverfahren sei zu kurz gegriffen. "Wir müssen dort, wo der Lärm am größten ist, auch bürgerschaftliches Engagement fördern und unterstützen." Bürgerschaftliches Engagement ist essenziell für die Durchsetzung von Umweltgerechtigkeit. Kommunikation und Vernetzung sind zentrale Erfolgsfaktoren dafür, meint Robert Spreter. Aus guten nachbarschaftlichen Beziehungen heraus können Betroffene besser und selbstbewusster agieren. Für diese Unterstützungs- und Vernetzungsaufgaben, die keineswegs nur auf die Soziale Stadt beschränkt sein sollten, müssten zum

Beispiel "Kümmerer", eine Art Stadtteilmoderatoren, eingesetzt und sicher finanziert werden.

Aus dem Publikum kommentierte eine Teilnehmerin den Begriff des "Kümmers" sehr kritisch. Bürgerinnen und Bürger müssten nicht "bekümmert" werden. Dahinter stecke eine Beteiligungsauffassung, die die Menschen als passiv bis unmündig darstellt. "Die Menschen müssen nicht mitgenommen werden, denn sie sind schon da." Vielmehr gehe es doch darum, miteinander zu kooperieren. Sicher, so die Teilnehmerin, gibt es dabei auf beiden Seiten noch viel zu lernen.

Am Ende äußern alle Podiumsteilnehmenden einen Wunsch im Sinne der Umweltgerechtigkeit.

Robert Spreter wünscht sich, dass aus konkreten Praxiserfahrungen gelernt wird. So zeige zum Beispiel Gelsenkirchen, was mit einem starken bürgerschaftlichen Engagement trotz knapper Kasse alles möglich ist. Doch wenn er sich viel Geld wünschen dürfe, "dann würde ich dem Lärmthema zu Leibe rücken. Das Geld, muss dorthin fließen, wo die Menschen am stärksten betroffen sind."

Walter Buser greift ein sehr brisantes Thema im Zusammenhang mit Aufwertungsvorhaben in der Städtebauförderung auf: Große Maßnahmen, so Walter Buser, verdrängen durch darauffolgende steigende Mieten oftmals genau die Bewohnerschaft, für die die Verbesserung eigentlich hauptsächlich gedacht war. "Es sollten häufiger auch kleinere effektive Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, die die Menschen halten können."

Anne Katrin Bohle wünscht sich für die Anliegen der Umweltgerechtigkeit und darüber hinaus mehr überparteilichen Sachverstand, ein übergreifendes Interesse an guten und fairen Lebensbedingungen und entsprechendes Handeln. "Nur für die Schaffung der Grundlagen solcher Lebensbedingungen, könnte ich eine Menge Geld ausgeben."

Michael Groß möchte in erster Linie in Bildung investieren: "Menschen müssen begeistert werden, zu Debatten eingeladen werden." Und schließlich brauchen die Städte mehr Geld, um ihren Regelaufgaben gut gerecht werden zu können. Das wird für gerechtere Städte auch im Sinne der Umweltgerechtigkeit wirken.

Schlussworte



Anke Brummer-Kohler

Abteilungsleiterin für Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht im
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Das Programm Soziale Stadt kann, so hat der Kongress deutlich gezeigt, einen wichtigen Beitrag zu mehr Umweltgerechtigkeit leisten und das geschieht an vielen Orten bereits, wenn auch nicht unter diesem Label. Jedoch muss darüber hinaus gedacht werden: Die Soziale Stadt kann die Mehrfachbelastungen der Quartiere nicht allein lösen. Dafür braucht es viele Akteure und auch sinnvoll flankierende Partnerprogramme. Die Stärke des Programms ist es vor allem, Anstöße zu geben und einen geeigneten Rahmen zu schaffen, in dem verschiedene Maßnahmen sinnvoll ineinandergreifen.

Ansätze zu mehr Umweltgerechtigkeit müssen auf allen Ebenen, der des Bundes, der Länder und der Kommunen, diskutiert und angegangen werden. Ressortübergreifende Zusammenarbeit ist dabei ein Schlüsselthema auf allen diesen Ebenen.

Ebenso entscheidend ist es, auf lokaler Ebene, in den Quartieren, die Menschen für das Thema zu sensibilisieren und zu begeistern. Dafür können auch die in der Broschüre "Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt" vorgestellten guten Praxisbeispiele Inspiration sein.